

SVP Klartext



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Oktober 2024

**Autobahn-Ausbau:
Ein Gewinn
für alle!**

Seite 3



**Mietrecht:
Ja zu fairen und
klaren Regeln**

Seite 6



**Familiennachzug:
Keine weiteren
Erleichterungen**

Seite 11



Grenzschutz-Initiative



Asylmissbrauch stoppen!

**Jetzt
unterschreiben:**

grenzschutzinitiative.ch



AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach
Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 50'500 Expl.
svp.ch – klartext@svp.ch – Oktober 2024
Gestaltung Klartext: GOAL AG



Kopfschüsse, Grenzkontrollen, Ukraine-Milliarden

Wie integriert ist jemand, der über 20 Kopfschüsse auf eine Mutter-Kind-Darstellung abfeuert? Deutschland führt Grenzkontrollen gegen die illegale Migration ein – und SP-Asylminister Beat Jans macht weiterhin NICHTS.

Die grünliberale Politikerin Sanija Ameti schießt auf eine Darstellung der Mutter Gottes mit Jesuskind. Sie stellt die Bilder anschliessend ins Internet – und ist dann ganz erstaunt über die Empörung der Leute. Ihre Entschuldigung: Sie hätte den religiösen Inhalt des Bildes nicht erkannt. Wer's glaubt, wird selig. Aber selbst wenn: Wie kommt man darauf, über 20 Kopfschüsse auf ein Mutter-Kind-Bild abzufeuern?

Sanija Ameti ist mit ihrer – muslimischen – Familie aus Bosnien in die Schweiz gekommen. Sie sind vor religiösen und ethnischen Konflikten geflohen. Angesichts der Gewaltfantasien von Frau Ameti fragt

man sich nach dem Integrationserfolg. Und wir lassen noch jedes Jahr zehntausende illegale Migranten aus der ganzen Welt in unser Land. Das Asylchaos ist ein Sicherheitsrisiko für unsere Bevölkerung.

Der Bundesrat handelt völlig inkonsequent: In der gleichen Sitzung unterstützt er die Sparvorschläge der Expertengruppe Bundesfinanzen – und verlängert nochmals den Schutzstatus für Ukrainer bis März 2026. Das kostet zusätzliche Milliarden Franken Steuergelder. Obendrein sollen wir noch Milliarden zahlen für den Wiederaufbau in der Ukraine. Da frage ich mich: Warum zahlen wir für den Wiederaufbau, wenn die gar nicht zurückgehen?

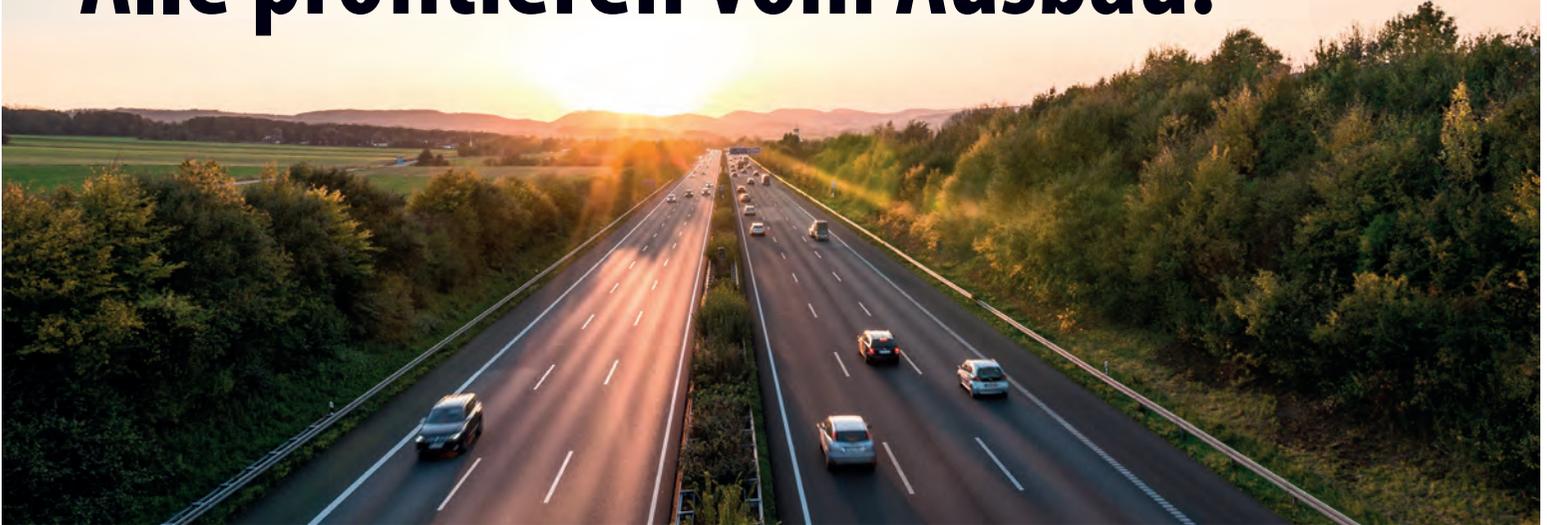
In Deutschland macht die Politik eine Kehrtwende in der Asylpolitik. Plötzlich sind Grenzkontrollen möglich. Und was macht unser zuständiger Bundesrat Beat Jans? Weiterhin nichts. Die Schweiz wird zur ersten Adresse für illegale und kriminelle Asylanten. Umso mehr braucht es unsere Grenzschutz-Initiative: Asylmissbrauch stoppen!

Marcel Dettling

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Nationalstrassen-Ausbau: Ein Gewinn für alle! Mehr Sicherheit und weniger Stau: Alle profitieren vom Ausbau!



Wir alle sind stark auf ein sicheres und zuverlässiges Nationalstrassennetz angewiesen, denn dieses bildet gemeinsam mit der Schiene die Hauptschlagader der Schweiz. Um es in Zahlen auszudrücken: Die Autobahnen machen nur drei Prozent des Strassennetzes aus. Auf ihnen wird aber über 40 Prozent des Individual- und über 70 Prozent des Güterverkehrs abgewickelt. Die Sicherstellung des Verkehrsflusses auf den Nationalstrassen ist vor diesem Hintergrund ein Muss. Aber sie wird zunehmend schwieriger.

Denn das Nationalstrassennetz entspricht nicht mehr unseren heutigen Bedürfnissen. Seit 1990 hat sich der Verkehr auf den Autobahnen verdoppelt. Immer öfters sind die Strassen überlastet und es kommt zu Staus. Allein im letzten Jahr wurden in der Schweiz 48'000 Staustunden gezählt – ein neuer Rekord. Und die Kosten dafür tragen Bevölkerung und Wirtschaft.

« Kommt es auf der Autobahn zu Staus, verlassen Autos und Lastwagen die Autobahn und fahren durch Dörfer und Wohnquartiere. Der Ausweichverkehr verstopft die Dorfstrassen, erhöht die Umwelt- und Lärmbelastung innerorts und vermindert die Verkehrssicherheit. »

Kommt es auf der Autobahn zu Staus, verlassen Autos und Lastwagen die Autobahn und fahren durch Dörfer und Wohnquartiere. Der Ausweichverkehr verstopft die Dorfstrassen, erhöht die Umwelt- und Lärmbelastung innerorts und vermindert die Verkehrssicherheit. Und auch die Wirtschaft leidet: Liefertermine können nicht mehr zuverlässig eingehalten werden und die Planbarkeit insgesamt sinkt.

Ziel des Ausbaus 2023 ist es, den Verkehr auf den Nationalstrassen wieder flüssiger zu machen. Dazu sind punktuelle Ausbauten nötig. Konkret sollen sechs Projekte umgesetzt werden. Auf folgenden drei Abschnitten sind Spurerweiterungen geplant: zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl, zwischen Schönbühl und Kirchberg sowie zwi-

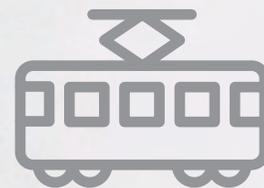
schen Le Vengeron und Nyon. Bei Basel, Schaffhausen und St. Gallen sollen zudem neue Tunnelröhren entstehen. Finanziert werden die Projekte über den Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) – für den Bundeshaushalt entsteht keine Mehrbelastung.

Von einem Ausbau der Nationalstrassen profitieren wir alle. Schulwege werden sicherer, Waren können wieder pünktlich geliefert werden und der Verkehr fliesst wieder dort, wo er hingehört: auf gut ausgebauten und sicheren Nationalstrassen.



**Von Bundesrat
Albert Rösti,
Vorsteher UVEK**

**Für eine Schweiz,
die vorwärtskommt**



JA

24. Nov. 2024

**Sicherung der
Nationalstrassen**



zusammen-vorwaertskommen.ch

JA zum Autobahnausbau – damit wir wieder vorwärtskommen!

Über 70 Prozent des Güterverkehrs findet auf der Strasse statt. Doch auf unseren Autobahnen kommt man kaum mehr vorwärts: Die Stautunden haben sich in nur 10 Jahren auf über 48'000 Stunden verdreifacht – was Kosten von über 1 Milliarde Franken verursacht. Einer der Hauptgründe dafür ist die masslose Zuwanderung.



Von Benjamin Giezendanner,
Nationalrat und
Transportunternehmer
Rothrist (AG)

Täglich erlebe ich zusammen mit Tausenden von Gewerbe- und Handwerksbetrieben, was die **prekäre Situation auf unseren Autobahnen** anrichtet. Dutzende meiner Fahrer stehen schweizweit im nervenaufreibenden Stau und kämpfen damit, dass die Liefertermine eingehalten werden können. Auf dem Weg zum Kunden müssen sie deshalb immer wieder die Autobahn verlassen, um die zeitraubenden Staus zu umfahren – teilweise auch über Gemeindestrassen.

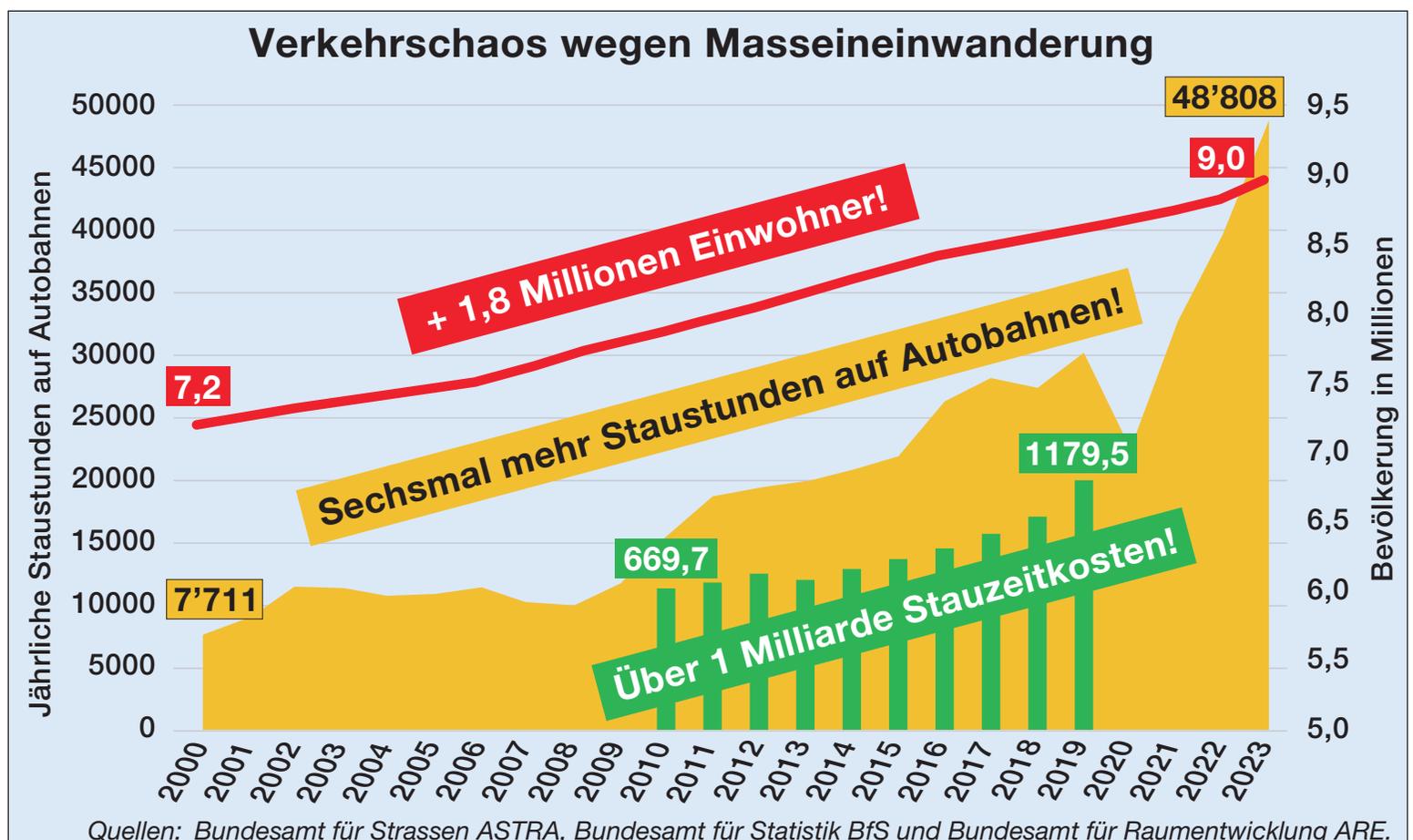
Innerhalb von 10 Jahren haben sich die Stautunden auf mehr als 48'000 Stunden im Jahr verdreifacht. Haupttreiber dafür ist die **masslose Zuwanderung**, die unser **Strassennetz an die Kapazitätsgrenze** bringt.

Am 24. November stimmen wir über den **längst fälligen Ausbauschnitt** des Autobahnnetzes ab. Im Vordergrund stehen sechs Teilprojekte in verschiedenen Landesregionen zur Beseitigung von Engpässen und zur Verbesserung des Verkehrsflusses.

Konkret soll der Ausweichverkehr von den Gemeinde- und Kantonsstrassen zurück auf die Autobahn gebracht werden. Dies verbessert die Sicherheit und

die Lebensqualität der Bevölkerung in den Gemeinden und Agglomerationen wesentlich. Zusätzlich müssen bestehende Abschnitte wie der Fäsenstautunnel in Schaffhausen oder der Rosenbergertunnel in St. Gallen zwingend erneuert werden. Ohne zusätzliche Röhren müsste der Verkehr während Monaten oder Jahren durch die Städte umgeleitet werden. Das wäre ein Albtraum!

Nur wenn der Verkehr auf den Autobahnen fliesst, können Städte und Gemeinden entlastet werden. **Wir alle profitieren** von einer effizienten Verkehrsinfrastruktur. **Deshalb am 24. November JA zum Ausbau unserer Nationalstrassen.**



Für faire Regeln und Rechtssicherheit

Am 24. November 2024 stimmen wir über zwei Änderungen des Mietrechts ab. Beide Vorlagen berühren nur einen kleinen Teil der Mietverhältnisse. Sie sorgen aber für faire und klare Regeln und schaffen Abhilfe in störenden Einzelfällen. Daher ist ein doppeltes Ja wichtig.



Von Gregor Rutz,
Nationalrat und
Präsident HEV Schweiz,
Zollikon (ZH)

Wenn Abmachungen schriftlich festgehalten und Kriterien verbindlich definiert werden, profitieren Mieter wie auch Vermieter. Genau dies will die Vorlage betreffend Untermiete erreichen. Das Recht zur Untermiete bleibt natürlich bestehen: Wer auf eine Reise oder beruflich ins Ausland geht, kann seine Wohnung auch weiterhin befristet untervermieten. Neu benötigt der Mieter für die Untervermietung aber nicht nur das mündliche Einverständnis,

sondern eine schriftliche Zustimmung des Vermieters.

Damit soll verhindert werden, dass Mieter ihre Wohnung zu überhöhten Preisen weitervermieten und zum Beispiel via Airbnb oder Business-Appartements ungerechtfertigten Profit herauschlagen. Die neue Regelung schützt auch die Mieter: Ständige Untermieterwechsel sind für andere Mieter oft sehr störend.

Rechtssicherheit ist wichtig

Die zweite Vorlage betrifft den sogenannten Eigenbedarf. Wer eine Wohnung oder ein Geschäftslokal kauft,

will dies allenfalls selbst nutzen. Bereits heute kann der neue Besitzer das Mietverhältnis innert gesetzlicher Frist kündigen. Dies kann er aber nur machen, wenn er selbst in die Wohnung einziehen oder das Geschäftslokal nutzen möchte. Dafür muss er dringenden Eigenbedarf für sich, nahe Verwandte oder Verschwägerter geltend machen.

Neu soll die Formulierung «dringender Eigenbedarf» durch «bedeutender und aktueller Eigenbedarf» ersetzt werden. Die Rechte der Mieter bleiben bestehen: Sie können auch künftig die Kündigung anfechten. Ebenso bleibt das Recht bestehen, ein Erstreckungsbegehren von maximal 4 Jahren bei Wohnungen und gar maximal 6 Jahren bei Geschäftslokalen zu stellen.

Wohnung zu
vermieten – mit
rechtsstaatlichen
Regeln

Aufwachen und Grenzen schützen – jetzt!

Jetzt kontrolliert sogar Deutschland die Grenzen: Zur Bekämpfung von Asylumigration, Kriminaltourismus und islamistischem Terror. Nur SP-Asylvorsteher Beat Jans weigert sich nach wie vor, unsere Grenzen zu schützen.



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Man reibt sich die Augen: Sogar die linksgrüne Regierung in Berlin hat begriffen, was auf dem Spiel steht. Und man stellt sich die bange Frage: Wann wacht Bundesrat Beat Jans endlich auf? Wann

führt auch die Schweiz Grenzkontrollen ein, um unsere Bevölkerung zu schützen?

Die Schweiz ist zur Insel geworden, alle Nachbarländer kontrollieren ihre Grenzen. **Wenn der Bundesrat jetzt nicht handelt, nimmt die Sogwirkung massiv zu und die Asylzahlen werden noch mehr ansteigen.** Offensichtlich ist Bundesrat Jans die brave Anwendung von Schengen/Dublin – also jener maroden Verträge, die Europa zu einem Unsicherheitsraum gemacht haben – wichtiger als unsere Sicherheit.

Stoppen wir die unkontrollierte Asylumigration: Die meisten sogenannten Asylsuchenden sind keine Flüchtlinge – sie reisen auf dem Weg in ihr Wunsch-asylland durch Dutzende sichere Drittstaaten. Trotzdem darf, wer Schweizer Boden betreten hat, praktisch immer bleiben. Unsere Bevölkerung zahlt dafür einen hohen Preis: horrenden Kosten und weniger Sicherheit.

Es ist eine Minute vor Zwölf, wenn wir Anschläge wie in Mannheim und Solingen bei uns verhindern wollen. Der Nachrichtendienst warnt bereits vor radikalisierten Muslimen in der Schweiz. Offene Grenzen, Willkommenskultur und Multikulti-Romantik haben ausgedient. **Der Zusammenhang zwischen Kriminalität und Migration darf nicht länger schön-geredet werden.** Wer ihn verneint, ist ideologisch verblendet, naiv oder dumm.

Um das Asylchaos zu stoppen, braucht es Grenzkontrollen – **jetzt!** Unterzeichnen auch Sie noch heute die Grenzschutz-Initiative.

Asyl-Chaos endlich stoppen – Anschläge wie in Mannheim und Solingen verhindern!



Jetzt

die Grenzschutz-Initiative

unterschreiben:

grenzschutzinitiative.ch

SVP-Lösung gegen die L

Von der Zuwanderung profitieren vor allem die Zuwanderer. Die Schweizer Bevölkerung zahlt den Preis: immer teurere Wohnungen, Stau, Verschandelung der Landschaft, unbezahlbares Gesundheitswesen und Wohlstandsverlust.



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat, Meilen (ZH)

Neulich dämmerte es sogar der «Neuen Zürcher Zeitung», denn sie titelte: «Die Anbauschlacht ist längst verloren.» Beim Thema Ernährungssicherheit hantierte der Bund mit überholten Bevölkerungszahlen. Man rechne beim Bundesamt für Raumentwicklung noch immer mit gut acht Millionen Menschen. Dabei sind wir bereits

bei 9 Millionen angelangt, die 10-Millionen-Schweiz ist in Sichtweite. Das Ziel der verfassungsmässig vorgeschriebenen Sicherstellung der Landesversorgung ist wegen der Massenzuwanderung in weite Ferne gerückt.

Seit Jahren und Jahrzehnten weist die SVP auf die vielen nachteiligen Folgen der Personenfreizügigkeit hin. Sollten wie geplant weitere Balkanstaaten in die EU aufgenommen werden, wird die Schweiz erst recht bevorzugtes Zielland der dortigen Bevölkerung. Hinzu kommen der Zustrom aus Drittstaaten und ein ausser Rand und Band geratenes Asylwesen.



Nachteile lassen sich nicht mehr wegdiskutieren

Die Nachteile dieses Massenansturms sind bei weitem grösser als die Vorteile. Das merken mittlerweile auch Politiker, Wissenschaftler, ja sogar einzelne Journalisten und die Economiesuisse. Es kommen zu viele, und es kommen die Falschen. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf stagniert seit Jahren, die Wertschöpfung pro Kopf geht zurück. Die Massenzuwanderung ist kein Wirtschaftstreiber, sondern letztlich ein Wirtschaftskiller. Ein durchschnittlicher Zuwanderer nimmt heute vom Staat mehr, als er diesem zurückgibt. Eine solche Bevölkerungspolitik ist das Gegenteil von «nachhaltig».

Bevölkerungsexplosion

n Zuwanderer sind
zusätzlich

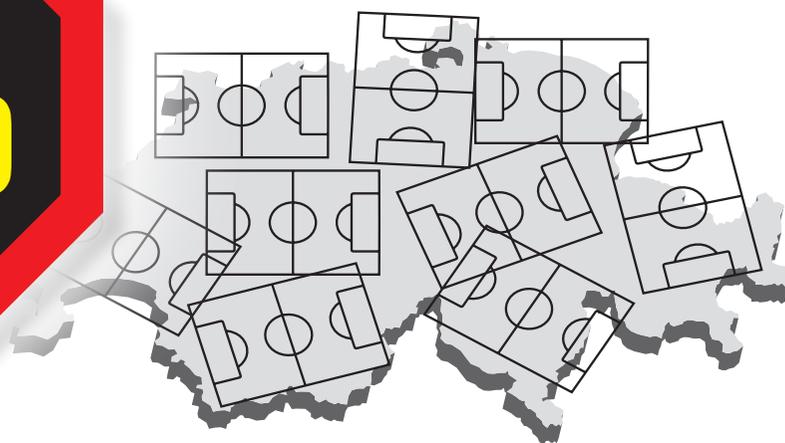
3

n



Zubetonierte
Naturfläche in
der Grösse von
57'000
Fussballfeldern

1 Million Zuwanderer sind
zusätzlich



Die Nachteile lassen sich nicht mehr einfach wegdiskutieren: überfüllte Züge, staugeplagte Autofahrer, Menschenmassen im öffentlichen Raum. Die massive Bautätigkeit verschandelt unsere schöne Landschaft. Alles wird immer teurer, nicht zuletzt der Wohnraum. Der angebliche Fachkräftemangel erweist sich als Teufelskreis, indem die Zugewanderten durch immer mehr Zuwanderer gepflegt, unterrichtet und administriert werden müssen.

Unser Gesundheitswesen, das jedem Migranten von Anfang an den vollen Leistungskatalog anbietet, wird unbezahlbar. Die Schulen sind angesichts des Ansturms von teilweise schwer integrierbaren Kindern heillos überfordert. Die Stromversorgung von immer mehr Menschen ist genauso prekär wie die Versorgung mit sauberem Trinkwasser.

1 Million Zuwanderer sind
zusätzlich

451 Mio.m²
Kulturland-
verlust

SVP-Initiative verlangt nachhaltige Bevölkerungsentwicklung

Die SVP ist die Partei der politischen Lösungen. Sie macht nicht einfach die Faust im Sack, sondern unterbreitet dem Volk konkrete Vorschläge, um den Missstand zu beheben. Die erfolgreich eingereichte Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» (Nachhaltigkeits-Initiative) verlangt eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung, statt einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

Nach dem Vorschlag der SVP soll die ständige Wohnbevölkerung unseres Landes 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Bei 10 Millionen sind die entsprechenden bevölkerungstreibenden internationalen Verträge zu kündigen. Nur so können wir unsere lebens- und liebenswerte Schweiz erhalten.



Sozialhilfe bald nur noch für Zuwanderer aus dem Asylbereich?

Die illegale Asylumigration ist eine von kriminellen Schleppern organisierte Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat. Die Milliarden-Rechnung zahlt der Schweizer Steuerzahler.



Von Barbara Steinemann,
Nationalrätin,
Watt-Regensdorf (ZH)

Y kam 2015 via Asylschiene in die Schweiz und wurde später Regensdorf zugewiesen. Seither hat die Syrierin zwar etliche Integrationskurse besucht, dann aber abgebrochen. Sie nimmt viele Arzttermine wahr und lebt seit bald 9 Jahren von der Sozialhilfe.

Y steht mittlerweile stellvertretend für den typischen Fürsorgebezügler in der Schweiz.

Das belegt auch die Statistik: Trotz guter Arbeitsmarktlage ist die Gesamtzahl der Sozialhilfebeziehenden in der Schweiz allein zwischen 2021 und 2022 um volle 57 100 Personen bzw. 18,5 Prozent gestiegen!

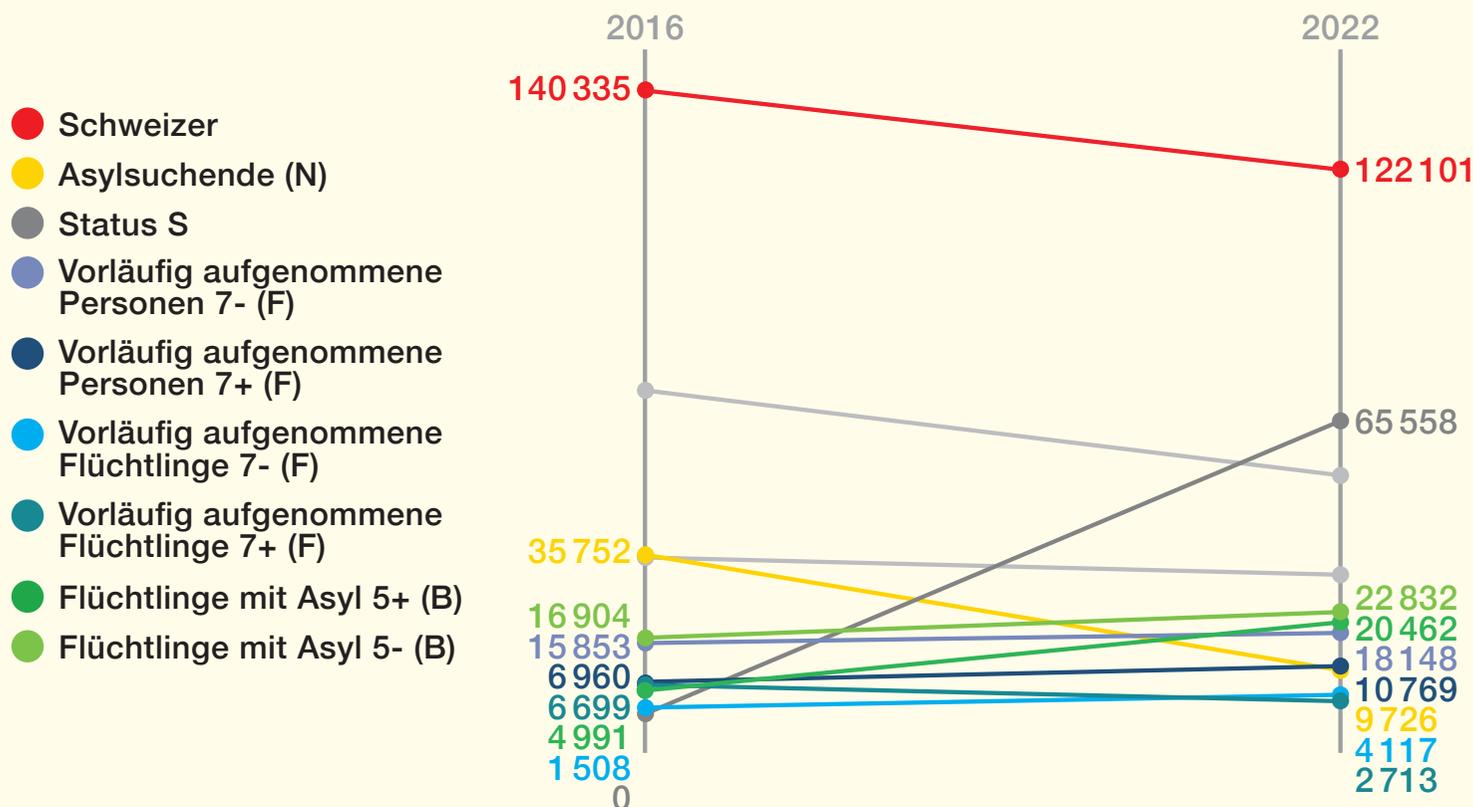
Die Zahl der Fürsorgeabhängigen mit Schweizer Pass und Ausländer ohne Asylhintergrund hat dank der guten Konjunktur stark abgenommen, jene aus dem Asylbereich steigt steil an. Mittlerweile haben 43 Prozent aller Sozialhilfebezügler einen Asylhintergrund.

83 Prozent der anerkannten Flüchtlinge leben von der Sozialhilfe, obwohl sie einer Arbeit nachgehen dürften. Bei den «vorläufig Aufgenommenen», die trotz negati-

vem Asylentscheid in der Schweiz bleiben, haben zwar 48 Prozent eine Stelle gefunden, aber die Mehrheit kann davon nicht leben: 75 Prozent sind auf die Fürsorge angewiesen.

Die Zahlen überraschen niemanden, der behördlich oder beruflich mit der Sozialhilfe zu tun hat. Nur ein kleiner Teil der Asylumigranten kann dank teuren Integrationsmassnahmen für den eigenen Lebensunterhalt aufkommen. Der Rest dürfte ein Leben lang auf Leistungen der Allgemeinheit angewiesen sein: Sozialhilfe, Krankenkassenprämien, AHV plus Ergänzungsleistungen. Die illegale Asylumigration ist eine von kriminellen Schleppern organisierte Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat.

Zahlen und Zusammensetzung der Schweizer Fürsorgebezügler



Quellen: BfS: Übersicht der Sozialhilfebeziehenden nach Aufenthaltsstatus, 2016/2020

Keine weiteren Erleichterungen beim Familiennachzug

Links-grün möchte den Familiennachzug erleichtern und damit die Zuwanderung in die Schweiz noch weiter befeuern. Im Ständerat konnten wir SVP-Ständeräte diesem Ansinnen den Riegel schieben.



Von Esther Friedli,
Ständerätin,
Ebnet-Kappel (SG)

Immer mehr Menschen wandern via Familiennachzug in die Schweiz ein. 2023 waren es rund 26 % aller Zuwanderungen, was über 46'000 Personen entspricht, Tendenz stark steigend. Von diesen Nachzügen waren 15 % Familienmitglieder von eingebürger-

ten Schweizern, primär Kinder unter 18 Jahren. Links-Grün möchte den Familiennachzug nun noch mehr lockern. Mit einer parlamentarischen Initiative will die SP ermöglichen, dass Familienmitglieder von Schweizern aus Drittstaaten (ausserhalb der EU) vereinfacht in die Schweiz ziehen können. Konkret geht es um Kinder zwischen 18 und 21 Jahren sowie Eltern und Schwiegereltern. Verkauft wurde dies als «Beseitigung und Verhinderung der Inländerdiskriminierung beim Familiennachzug», da es EU-Bürgern heute schon möglich ist, beispielsweise ihre Mutter aus Indien

über den Familiennachzug nach Europa oder in die Schweiz zu bringen. Was in der EU schlecht ist, sollten wir in der Schweiz nicht übernehmen.

Immense Sozial- und Gesundheitskosten

Denn diese Erleichterung des Familiennachzugs hätte weitreichende Folgen. In den letzten 10 Jahren wurden alleine aus Drittstaaten etwa 400'000 Personen in der Schweiz eingebürgert. Diese könnten so ihre Eltern in die Schweiz holen. Die Kosten, die hier für unser Sozial- und Gesundheitssystem entstehen würden, wären riesig. Und dies durch Personen, die bis anhin nicht einen Franken in unser System einbezahlt haben.

In unserer Verfassung steht, dass wir die Zuwanderung eigenständig über Höchstzahlen und Kontingente steuern. Ein neuer unbegrenzter Familiennachzug ist deshalb entschieden abzulehnen. Dank dem Einsatz der SVP-Ständeräte wurde diese Vorlage im Ständerat abgelehnt und Nichteintreten beschlossen. Nun ist der Nationalrat gefordert, dem gleich zu tun.



**SVP verhindert
Einwanderungs-
Magnet
«Familiennachzug»**

Zerstörung der Schweiz stoppen, jetzt!



Nicht wir Schweizer bestimmen, wer in unser Land kommt, sondern kriminelle Schlepperbanden. Seit dem Jahr 2000 sind fast eine halbe Million Asylgesuche in der Schweiz gestellt worden – und jedes Jahr kommen Zehntausende Asylgesuche hinzu. Wir müssen unsere Heimat schützen! Dafür braucht es unbedingt unsere Grenzschutz-Initiative.



Von Manuel Strupler,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Auch wenn Medien und «Hilfsorganisationen» gerne ein anderes Bild vermitteln: Die meisten Asylanten sind junge Männer aus muslimischen Staaten wie Algerien, Marokko, Tunesien, Afghanistan, Syrien und der Türkei. Zudem sind die meisten keine Flüchtlinge, sondern Zuwanderer. Sie reisen quer durch Europa und damit durch unzählige sichere Staaten, um in unseren grosszügigen Sozialstaat einzuwandern.

Sie missbrauchen unser Asylsystem. Wohin diese importierte Islamisierung führt, sieht man deutlich in Frankreich, Schweden oder aktuell auf deutschen Strassen. Aber auch bei uns explodiert die importierte Kriminalität. Denn viele dieser jungen Männer respektieren weder unsere Werte noch unsere Gesetze. Die Probleme mit den Integrationsunwilligen sind mittlerweile auch in unseren Schulen spürbar, die Qualität der Bildung leidet. Das wird deutlich, wenn man mit Lehrpersonen spricht.

Unsere Heimat für die nächsten Generationen erhalten

Wer sich nicht anpasst, soll unser Land verlassen! Ich will, dass unser Land auch künftig auf christlichen Werten aufgebaut ist

und auf dem Bundeshaus symbolisch dafür ein Kreuz steht. Unsere Kinder und Enkelkinder sollen auch künftig in einer sicheren und freien Schweiz leben, die auf unseren erfolgreichen Werten aufgebaut ist.

Ja, wir haben Glück in der Schweiz zu leben. Wir haben aber auch die Verantwortung, unsere Heimat für die nächsten Generationen zu erhalten.

Wer unsere christlichen Werte nicht aus falscher Toleranz verstecken will; wer keine Parallelgesellschaften wie in Frankreich möchte; wer nicht in Angst vor islamistischem Terror leben und sich als Frau verhüllen möchte, der unterschreibt jetzt die Grenzschutz-Initiative!

Sie kommen nicht nur, um zu bleiben – sie kommen auch, um sich operieren zu lassen.



Von Andreas Glarner,
Nationalrat,
Oberwil-Lieli (AG)

Wer sich einmal die Zeit nimmt, auch nur ein paar Stunden auf einer Notfallstation eines grösseren Spitals zu verbringen, ist schockiert. Weit über die Hälfte der Wartenden stammt eindeutig nicht aus unserem Kulturkreis und scheint die Notfallstation als Hausarzt-Ersatz zu benützen. Damit werden für kleine «Bobos» teure Kapazitäten beansprucht und blockiert.

Es ist längst bekannt: Die Massenzuwanderung trägt massiv zu den stetig steigenden Gesundheitskosten bei. Doch nicht nur die permanent anwesenden Zugewanderten verursachen hohe Kosten. Neu kommen auch ganze Völkstämme wie Georgier als Asylbewerber zu uns, um sich beispielweise die Hüften operieren zu lassen. Es hat sich ein Gesundheitstourismus entwickelt – leider auf Kosten der Schweizer Prämienzahler.

Jetzt Notbremse ziehen – oder Prämien werden unbezahlbar

Es ist ja auch absurd: Man kann sich bei uns vom ersten Tag an – ohne je einen Franken selbst einbezahlt zu haben – am «all you can eat-Buffer» bedienen. Wer würde da nicht zugreifen? Es ist höchste Zeit, dass wir die Leistungen für Asylan-

ten, Sozialfälle und Neueingewanderte auf das absolute Minimum beschränken. Neuzugewanderten könnte die Möglichkeit eingeräumt werden, sich mit einem substanziellen Beitrag einzukaufen.

Denn der Normalfall ist doch, dass man als hierzulande Geborener zuerst viele Jahre einbezahlt, ohne kaum je ernsthaft Leistungen zu beziehen. Mit steigendem Alter ändert sich das in der Regel – aber eben: Man hat bis dann schon einen entsprechenden Beitrag einbezahlt.

Wenn wir jetzt nicht endlich die Notbremse ziehen, kollabiert nicht nur unser Gesundheitswesen – auch die Prämien werden für den Normalbürger und auch für unsere Familien definitiv unbezahlbar!

**Masslose Zuwanderung
bedeutet steigende
Krankenkassen-
prämien**





Prix Résistance: Die SVP zeichnet persönlichen Mut und politischen Widerstand aus. Ob Behördenwillkür, links-grüne Verbots- und Bevormundungspolitik, Aushebelung der demokratischen Rechte: Es braucht mutige Menschen, die sich gegen den übergriffigen Staat wehren.

Sie engagieren sich für die Freiheit und die demokratischen Rechte der Schweizerinnen und Schweizer? Die SVP Schweiz zeichnet jährlich engagierte und mutige Bürgerinnen und Bürger aus.

Erfahren Sie hier mehr über den Prix Résistance und bewerben Sie sich unter: gs@svp.ch

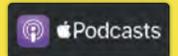


Dütsch. Dütlich. DETTLING!

Was läuft schief in der Schweizer Politik?
Dütsch. Dütlich. DETTLING! - redet Klartext!



JETZT ANSCHAUEN
svp.ch/ddd



GOAL GLOSSAR

 **Kampagne**

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Änderung des Krankenversicherungsgesetzes: EFAS – ein Milliardengeschäft auf dem Buckel der Prämienzahlenden

EFAS ist ein Wolf im Schafspelz: Was harmlos daherkommt, wird für zusätzliche Kosten und damit noch höhere Krankenkassenprämien für uns alle enden. Die propagierten «Milliardeneinsparungen» mit dem Systemwechsel sind ein Märchen.



Von Heinz Brand,
alt Nationalrat,
Klosters (GR)

Die gleiche Finanzierung von ambulanten und stationären Behandlungen ist zu begrüßen. Das grösste Übel der EFAS-Vorlage ist aber der Einbezug beziehungsweise die Neuregelung der Langzeitpflege. Sie ist die Zeitbombe unseres Gesundheitswesens. Weil wir immer älter und pflegebedürftiger werden, steigen auch die Pflegekosten immer stärker. Mit EFAS, respektive der entsprechenden Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, sollen diese Kosten künftig in noch stärkerem Masse von den Prämienzahlern übernommen werden.

Heute sind die Beiträge der Krankenversicherung an die Pflegebedürftigen für die Langzeitpflege gedeckelt. Sie betragen je nach Pflegebedarf zwischen rund 10 und maximal 115 Franken pro Tag im Pflegeheim. Die Restfinanzierung haben die Kantone zu regeln.

Die Kantone, die anfänglich geschlossen gegen die EFAS-Vorlage auftraten, waren nach Einbezug der Langzeitpflege plötzlich vehement dafür. Ein Meinungsumschwung aus handfestem finanziellen Eigeninteresse auf dem Bu-

ckel der Prämienzahler. Denn mit EFAS müssten die Krankenkassen neu fast 75 % der Kosten der Langzeitpflege in unbegrenzter Höhe berappen. *Die Folge:* Die Krankenkassenprämien würden massiv steigen.

EFAS spart keinen einzigen Franken

Das Verhalten der Leistungserbringerverbände ist entlarvend: Während diese sonst regelmässig Sparvorschläge bekämpfen und Versuche behindern, überflüssige Leistungen abzubauen, sind sie geschlossen für EFAS. Denn sie wissen genau: Es wird kein Franken eingespart, es wird keine einzige über-

flüssige Behandlung verhindert, nur weil die Bezahlung der Rechnung anders aufgeteilt wird.

Man hüte sich deshalb vor den Prophezeiungen jener, die mit EFAS Milliardenersparungen ankündigen oder vor den fragwürdigen Rechenkünsten des Bundes bei Abstimmungen. Die Zahlenakrobatik des Bundes wird uns – wie bei der AHV – auch bei der prognostizierten Kostenentwicklung zu EFAS auf den Boden der Realität holen. Die höhere Zeche geht einmal mehr zu Lasten der ohnehin schon arg gebeutelten Prämienzahlenden.





10 JAHRE
GARANTIE &
ASSISTANCE

TOYOTA bZ4X

100% elektrisch. 100% 4x4.



Ab CHF

199.—
• im Monat

oder ab CHF 41'900.—



Jetzt konfigurieren
und probefahren.

bZ4X Trend FWD 11 kWh OBC, 204 PS. Empf. Netto-Verkaufspreis, inkl. MwSt. = CHF 41'900.—. Leasingrate CHF 199.—/Monat. Ø Verbr. 14,4 kWh/100 km, CO₂ 16 g/km, En.-Eff. A. Abgebildetes Modell: bZ4X Style AWD 11 kWh OBC, 218 PS. Empf. Netto-Verkaufspreis, inkl. MwSt. = CHF 48'800.—. Leasingrate CHF 249.—/Monat. Ø Verbr. 16,2 kWh/100 km, CO₂ 18 g/km, En.-Eff. A. Leasingkonditionen: Anzahlung 33% des Brutto-Verkaufspreises. Eff. Jahreszins 1,90%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Laufzeit 36 Monate und 10'000 km/Jahr. Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Nicht mit Flottenrabattkumulierbar. Die Verkaufsaktion ist gültig für Vertragsabschlüsse und deren Immatriculation vom 1.9. – 31.10.24 oder bis auf Widerruf. Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie und Assistance oder 185'000 km ab 1. Immatriculation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf toyota.ch.

